



Ein Armutszeugnis ist die Sperrklausel

Dass Räte bunter werden und auch unbequemer, ist auch eine Konsequenz des wachsenden Vertrauensverlusts in die bürgerlichen Parteien und gut so! Wenn das als „Zersplitterung“ der Räte diffamiert wird: In Essen sorgen dafür Aus- und Übertritte aus SPD, Grünen, Linken und der faschistoiden AfD. Neue Ratsgruppen und Fraktionen, die so niemand gewählt hat, sind v.a. wegen der Gelder entstanden und teils schon wieder eingegangen. Die Sperrklausel richtet sich gegen Kräfte wie uns, die so etwas prinzipiell ablehnen. **Dietrich Keil, „Essen steht AUF“**

Keine Gemeinsamkeiten mit AfD und anderen Erzreaktionären!

Gepuscht durch die Presse hatte es die AfD 2014 zu dritt in den Mülheimer Rat geschafft, zerlegte sich aber nach kurzer Zeit. Noch geben sie sich volksnah und greifen berechnete Forderungen auf wie wohnortnahe Grundschulangebote, Erhalt der Förderschulen als Inklusionsalternative. Lassen wir uns nicht vom Wolf im Schafspelz täuschen. Ultrareaktionäre, Faschisten und Rassisten haben im Stadtrat nichts zu suchen! Es ist verlogen wenn behauptet wird, die Sperrklausel sei auch gegen Nazis und Ultrarechte. Nein, Faschisten gehören verboten! **Sabine Schweizerhof, Mülheim steht AUF**



Kleine Wählerinitiativen gefährden die Geheimratspolitik der „Großen“

Transparenz ist unser Thema Nummer 1. Unser Stadtrat hat solche Angst vor der Öffentlichkeit, dass er sich seit vier Jahren gegen unseren Antrag auf ein Rats-TV wehrt, gegen die unzensurierte, vollständige, unbearbeitete Übertragung (öffentlicher) Ratsitzungen. Vor allen anderen blockieren CDU und SPD. Deswegen haben wir unsere eigenen Reden während der Ratssitzungen aufgezeichnet und veröffentlicht. Hierfür wurde ich dann jedes Mal per Mehrheitsbeschluss aus der jeweils nächsten Sitzung des Rates ausgeschlossen – als „Sanktion“ für „ungebührliches Verhalten“. Sperrklausel vorweggenommen? **Fritz Ullmann, Stadtverordneter, Linkes Forum Radevormwald**



Gutachter zum Gesetzentwurf: Sperrklausel nicht gerechtfertigt

„Richtig ist, dass anders als in anderen Ländern von kommunalpolitischer Seite in Nordrhein-Westfalen breit über die Zersplitterung der kommunalen Vertretungen und die damit verbundenen Erschwernisse geklagt wird.(...) Entweder liegt die Schmerzgrenze in Nordrhein-Westfalen niedriger, was verfassungsrechtlich schwerlich ein Argument für die Rechtfertigung einer Sperrklausel wäre. Oder die Verhältnisse sind hier tatsächlich schwieriger als in anderen Ländern. (...) Diese können eine Sperrklausel indessen nicht rechtfertigen“. **Prof. Dr. J. Oebbecke, Kommunalwissenschaftliches Institut Münster**

Petition gegen Sperrklausel – Erstunterzeichner werden!

Wir freuen uns über Erstunterzeichner aus der demokratischen Öffentlichkeit, demokratischen Parteien und Organisationen, die diese Petition mittragen: „Weg mit der Behinderung alternativer, fortschrittlicher, linker Kommunalpolitik! Die undemokratische 2,5-Prozent-Sperrklausel in NRW muss wieder vom Tisch!“ ((Petitions-Text siehe unsere Homepage) Bitte wenden Sie sich an eine der Kontaktadressen oder an kompola@web.de. Mit einem entsprechenden Unterstützerkreis werden wir mit dieser Petition breit in die Öffentlichkeit gehen. Sie können sich dann im Internet darüber informieren, sie unterzeichnen und weiterleiten.



Mitmachen – aktiv werden

Der Kommunalpolitische Ratschlag ist ein Forum alternativer, fortschrittlicher Kommunalpolitiker, überparteilicher Wahlbündnisse, Bürgerinitiativen und Organisationen. Die Landtagswahlen in NRW im Mai 2017 nutzen wir für Protestaktionen und dabei u.a. die Unterschriften der Petition vor dem Landtag zu übergeben. Wer mitmachen möchte, kann sich an die Koordinierungsgruppe des kommunalpolitischen Ratschlags wenden oder an eines der Wahlbündnisse. Die vom Ratschlag gewählte Koordinierungsgruppe ist erreichbar unter kompola@web.de. Unsere website lautet www.alternative-kommunalpolitik.de/

Protestaktion alternativer Kommunalpolitiker, gegen Verschuldungspolitik auf Kosten der Masse der Bevölkerung, bei der Tagung des Städtetags NRW in Mönchen-Gladbach, Juni 2012

Kontaktadressen:

BergAUF Bergkamen · Werner Engelhardt
Mail: bergauf@posteo.de · www.bergauf-bergkamen.de

Essen steht AUF · Bodo Ubat
Tel.: 0201 45862613 · Mail: vorstand@essen-steht-auf.de · www.essen-steht-auf.de

NV AUF geht's · Lisa Wannenmacher
Tel.: 02845 33486 · Mail: klauswallenstein@online.de · www.nv-auf-gehts.com

AUF Herten · Günter Martin
Behrensstr. 4 · 45701 Herten
Tel.: 02366 54305 · www.auf-herten.de

AUF Witten · Romeo Frey · Tel.: 02302 81953
Mail: info@auf-witten.de · www.auf-witten.de

Mülheim steht AUF · Sabine Schweizerhof
Tel.: 0208 46 922622 · Mail: info@mulheim-steht-auf.de · www.mulheim-steht-auf.de

AUF Gelsenkirchen · Manuela Reichmann ·
Monika Gärtner-Engel · Mail: buero@auf-gelsenkirchen.de · www.auf-gelsenkirchen.de

Solingen aktiv
Überparteilich, Unbestechlich, International
Klemens-Horn-Str. 3 · 42655 Solingen
Tel. 0212 2246366 · Mail: solingen-aktiv@gmx.de
www.solingen-aktiv.de

LINKES FORUM Radevormwald e.V.
Fritz Ullmann · Kirchstr. 5 · 42477 Radevormwald
Mobil: 0160 5000734
Mail: fritz.ullmann@linkes-forum.de



Weg mit der 2,5 % Sperrklausel bei Kommunalwahlen in NRW

Mitte Juni hat der Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen eine 2,5%-Sperrklausel für Kommunalwahlen beschlossen. Parteien, Bürgerlisten, Initiativen, überparteiliche Wahlbündnisse oder Einzelbewerber, die bei Kommunalwahlen weniger als 2,5% der Wählerstimmen erhalten, sollen nicht mehr in Stadträten, Bezirksvertretungen und Kreistagen vertreten sein. Etwa 6% der Stimmen fielen damit unter den Tisch. Leider umsonst gewählt!

Sie bleiben lieber unter sich

So versuchen SPD, CDU und Grüne zu verdecken, dass sie in immer mehr Städten massive Stimmenverluste haben. Wenn sie in Stadträten noch eine „Mehrheit“ darstellen, entspricht

die oft nicht einmal 50 Prozent der Wahlberechtigten! Weil die Wahlbeteiligung immer mehr sinkt. Und weil fortschrittliche Alternativen wählbar sind. Die wollen sie vom Hals haben.

An den Haaren herbei gezogen...

...ist die Begründung, die „Funktionsfähigkeit“ der Stadträte sei gefährdet, weil zu viele Parteien und Einzelvertreter darin tätig werden. Gutachten wie das von Prof. Bogumil ziehen ihre „Weisheit“ ausschließlich aus Befragungen von Bürgermeistern und Landräten. Einzelmandatsträgern und alternativen Bündnissen werden eines niedrigen Informationsniveaus und geringer Professionalität bezichtigt. Trotz weiterer solcher „Stellungnahmen“: Nirgends wird nachgewie-

sen, dass Stadträte dadurch schlechter „funktionieren“. Arroganz der Macht betrügt.

Fortsetzung auf Seite 2



206 000 Wählerstimmen an Organisationen oder Einzelbewerber und ein Großteil der 316 000 Stimmen für Wählergruppen sollen künftig von den Kommunalwahlen ausgeschlossen werden. Dazu sagen wir nein. Die Sperrklausel in NRW muss vom Tisch.





Widerstand gegen PCB-Vergiftung in Essen-Kray, Oktober 2015

Fortsetzung von Seite 1

Was die Kommunen wirklich handlungsunfähig macht ...

... sind nicht neue und kritische Kräfte in Stadträten und Ausschüssen. Vielmehr lassen Bundespolitik, Landespolitik und die Politik der Konzerne und Banken keinen Spielraum für die so oft beschworene „kommunale Selbstbestimmung“. Inzwischen gibt es Höchststeuern bei den Steuern, aber die Kommunen sehen davon kaum etwas. Neue Aufgaben durch die Flüchtlingskrise der Regierung, aber die weigert sich, die Kosten vollständig zu übernehmen. Vergiftete Böden im Ruhrgebiet durch Konzerne wie die RAG – doch die machen sich aus dem Staub. Abbau von Arbeitsplätzen und wachsende Zahlen Langzeitarbeitsloser treiben städtische Haushalte in die Verschuldung.

Schluss mit der Ja-Sagerei zu einer volksfeindlichen Kommunalpolitik

SPD, CDU und Grüne möchten ungestört die jahrelange Ja-Sagerei zu dieser Politik ihrer Parteien weiter treiben.

Deshalb fällt ihnen nichts Besseres in NRW ein als Ausgrenzen fortschrittlicher Politik mit Verfassungsrang.

Ein Lehrstück in Sachen Demokratie ...

ist dabei die Methode: Bereits zweimal, 1999 und 2008 wurde eine Sperrklausel als verfassungswidrig abgelehnt. Damit die Sperrklausel dieses Mal nicht gegen die Verfassung verstößt – ändert man eben die Verfassung. Die Sperrklausel führt den darin verankerten Grundsatz der Gleichheit der Wahl ad absurdum. Die parlamentarische Demokratie entpuppt sich als Scheindemokratie ...

Alternative und fortschrittliche Kommunalpolitik ist angesagt ...

Überparteiliche Personenwahlbündnissen und linke Organisationen machen systematisch eine kompetente und neuartige Kommunalpolitik. Bei der Aufdeckung des Giftmüll-Skandals unter Tage. Im Protest gegen Streichungen, und für den Erhalt kommunaler Leistungen, für demokratische Mitwirkungsrechte. Auf Augenhöhe mit kämpferischen Belegschaften, den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen.

tern, Frauen, Jugendlichen. Wachsam gegenüber bürokratischer Kommunalpolitik. Engagiert in Bürgerbewegungen und in internationaler Solidarität mit Flüchtlingen und Migranten. Sie verschwinden nicht in Fraktionszimmern, sondern arbeiten offen und transparent nach demokratischen Grundsätzen, die Mitglieder und Wähler jederzeit kontrollieren können.

... und gemeinsamer Kampf gegen die undemokratische Sperrklausel!

Diese Sperrklausel richtet sich deshalb gegen alle Leute, die fortschrittliche Alternativen suchen – und nicht zuletzt direkt gegen überparteiliche alternative Wahlbündnisse. Der Widerstand dagegen muss in die nächste Runde gehen!

Organisieren wir den Protest und eine Bewegung und Zusammenarbeit von Parteien, von alternativen, fortschrittlichen, überparteilichen Bündnissen und Einzelpersonen in den Städten – diese Sperrklausel muss vom Tisch! Und arbeiten wir solidarisch an der Stärkung dieser Kräfte unter dem Motto, die 2,5% zu übertreffen.



Nein zur Wohnsitzauflage – Ja zu Demokratie, Verbrüderung, Freiheit! Ruhrgebietsweite Demonstration mit über 400 Teilnehmern am 26.09.2016 in Gelsenkirchen.

Von langer Hand vorbereitet ... Chronologie einer fragwürdigen Beweisführung

1999: Der NRW-Verfassungsgerichtshof erklärt die kommunale 5%-Sperrklausel für verfassungswidrig.

2008: Erneut wird die Einführung, diesmal einer 1%-Klausel, als verfassungswidrig abgelehnt. Hannelore Kraft fordert mit anti-kommunistischem Motiv eine Sperrklausel von 2,5%, „um den unkontrollierten Zugang populistischer oder extremer Gruppen in die Kommunalparlamente“ zu erschweren. Das Land NRW richtet eine Kommission zur Verfassungsänderung ein.

2014: Der Städtetag NRW erklärt die Einführung einer 3%-Klausel für notwendig

Herbst 2014/ Anfang 2015: Mit einem Vordruck „Appell an den Landesgesetzgeber“ wird aus Stadträten Unterstützung für die Sperrklausel organisiert. Die Landes-CDU positioniert sich für die Einführung einer 2,5 % Sperrklausel

März 2015: Die NRW-Grünen beschließen ihre Position für die Einführung einer 3 %-Sperrklausel.

Juni 2016 beschließt der Landtag die Einführung der 2,5%-Sperrklausel per Verfassungsänderung.

Die Haltung zu den Anliegen der Bevölkerung zählt

Ob Stadträte arbeitsfähig sind, zeigt sich an ihrer Haltung zu den Anliegen der Bevölkerung. In Witten hat die Ratsmehrheit über Jahre wichtige Lebensinter-



essen der Menschen ignoriert. So die Umweltverbrechen bei Degussa/Sasol, die Vergiftung am Arbeitsplatz bei HP Pelzer Chemie, die enorme Feinstaubbelastung der Deutschen Edelstahlwerke. Doch AUF Witten brachte das immer wieder zur Sprache. Wir werden gegen die Prozenzhürde die Bevölkerung mobilisieren, damit sie weiterhin über ein Sprachrohr im Rat für ihre Belange verfügt. **Ulrich Wagner, Mitglied im Vorstand von AUF Witten**

NRW-Bauminister Groschek läßt Katze aus dem Sack

Der SPD-Minister für Bauen und Verkehr in NRW beschimpfte kürzlich engagierte BürgerInnen und deren Initiativen als „Egoisten im Mantel einer Bürgerinitiative“. (WAZ, 24.08.16) Protest und Widerstand gegen Fluglärm, gegen Großprojekte, gegen überirdische Stromtrassen und vieles andere will er mit einem „Bündnis für Infrastruktur“ bekämpfen. 41 000 Einwender gegen die Erweiterung des Düsseldorf Flughafens oder die tausende Gegner der A 52 sind ein Dorn im Auge von Großkonzernen und Banken, deren Profite



Groschek über alles stellt. Wären die Herrschaften „unter sich“, könnten sie ungestört nach dem Motto „Hauptsache Profit“ beschließen – ohne Rücksicht auf Mensch und Natur! BergAUF tritt energisch gegen die Sperrklausel ein. **Werner Engelhardt, „BergAUF Bergkamen“**

Ein Bumerang?

Solingen aktiv ist für immer mehr Leute, die kämpfen wollen, Ansprechpartner Nr. 1. So wenn wir im Stadtrat für den Kampf der BIA-Belegschaft um einen Tarifvertrag oder gegen den Rausschmiss des Malteser-Rettungsdienstes zugunsten eines Billiganbieters eingetreten sind. Als einfachste Methode haben sich diese Parteien jetzt ausgedacht, solche kritischen Bündnisse mit der Sperrklausel möglichst nicht mehr in die Parlamente zu lassen. Dagegen kämpfen wir und sind zugleich der festen Überzeugung, dass diese Pläne zum Bumerang werden können. Und zwar dann, wenn sie immer mehr Menschen aufrütteln, gerade deswegen Solingen aktiv zu stärken und diese Hürde zu überwinden, wenn sie im Jahr 2020 kommen sollte. **(Aus Zeitung von Solingen aktiv, 09/2016)**



Protestaktion des Malteser Hilfsdienstes vor dem Hauptausschuss der Stadt Solingen am 22. Juni 2016 mit Gabi Gärtner, Stadträtin von Solingen aktiv – im Bild Mitte links

Statt Einheitsbrei – politische Vielfalt

Ich bin gegen den politischen Einheitsbrei von SPD-CDU-Grüne, den die Sperrklausel verordnen will. Ich bin für eine politische Vielfalt im Rat – außer Faschisten. **Manuel Werda, Vorstand AUF Herten**



Protestkundgebung am 7.11.2015 gegen die NPD in Witten

Ein „Demokratieabbau-Gesetz“

In der Presseerklärung von Michele Masching, Vorsitzender der Piratenfraktion NRW, heißt es unter anderem „...durch dieses Gesetz wird keine Kommunalvertretung gestärkt, sondern die Demokratie ein weiteres Mal geschwächt. Wir



sprechen daher von Demokratieabbau-gesetz...“

Jochen Lobnig, Piratenpartei und im Stadtrat von Neukirchen-Vluyn.

Was wäre der Rat ohne AUF Gelsenkirchen ...

Was für ein Verlust wäre der Abriss des Hans-Sachs-Hauses gewesen, für dessen Erhalt AUF Gelsenkirchen sich konsequent stark gemacht hat? Was wäre mit dem Volkshaus Rotthausen ohne die Initiative für einen runden Tisch? Wer hätte die Problematik mit dem Giftmüll unter Tage an die Öffentlichkeit gebracht? Viele Anträge von AUF, die zunächst von der Ratsmehrheit und den „Etablierten“ abgelehnt wurden, haben sich als richtig oder sogar richtungsweisend herausgestellt. Die Sperrklausel richtet sich unzweifelhaft vor allem gegen linke und fortschrittliche Bündnisse und Parteien und schwächt lokale Mitwirkungsrechte. Die Hoffnung der etablierten Parteien, damit ihre Massenbasis zu stabilisieren, ist vergeblich. „AUF Gelsenkirchen“ ist



zuversichtlich, nach der nächsten Wahl gestärkt im Rat der Stadt dabei zu sein.

Monika Gärtner-Engel, Stadtverordnete AUF Gelsenkirchen